Betreff: AW: **Interessengemeinschaft (IG) Energie Dietzenbach - Offener Brief an Fraktionen**

Datum: 2019-06-07T13:58:58+0200

**Von: "Jens Hinrichsen" <Jens.Hinrichsen@t-online.de>**

**An: "GiSchE" <energie@familie-erlat.de>**

Werte Interessengemeinschaft,

Ihre Einschätzung, dass Sie mit dem Thema „Fernwärme“ immer Gehör bei den Stadtverordneten gefunden haben, ist sicherlich richtig und mit Ihren Kontakten zu den Fraktionen haben Sie diesem Thema eine anhaltend hohe Bedeutung gesichert. Lässt man allerdings die Anträge, Anfragen und Berichte von Politik und Verwaltung über nun schon fast fünf Jahre seit EVD-Gründung Revue passieren ([www.fw-uds.de/themen/kommunale-betriebe/evd-fernwaerme/](http://www.fw-uds.de/themen/kommunale-betriebe/evd-fernwaerme/)) , so sind wir offensichtlich noch weit von einer für alle Beteiligten befriedigenden Lösung entfernt.

Auch ohne Berücksichtigung der den Entscheidungsgrundlagen der EVD-Gründung widersprechenden Preiserhöhung ist die Politik in einem Dilemma, das eine schnelle Lösung verhindert. Es gibt leider keinen Königsweg, der zwischen Anschlusszwang, Solidarprinzip, Ökologie, Gewinnerwartung, vergleichbaren Energiekosten etc. hindurchführt, ohne Kompromisse zu machen.

Zu Ihrer konkreten Frage, „wie geht die Stadtverordnetenversammlung mit den zu erwartenden finanziellen Risiken um?“ meine Sicht als Stadtverordneter:

Nach den beiden Gerichtsurteilen im März gegen die Stadt bzw. Städtischen Betriebe wg. Fernwärme bzw. Müllgebühren habe ich in der folgenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die Frage nach den Konsequenzen und den finanziellen Risiken gestellt. Der Bürgermeister hat die Bildung der erforderlichen Rückstellungen bestätigt und nach Sichtung der Urteilsbegründung und interner Diskussion eine Stellungnahme avisiert. Bis jetzt ist mir eine solche Stellungnahme nicht bekannt. Damit kennen die Stadtverordneten bis heute auch das Risikopotenzial nicht und die Beurteilung der von Ihnen genannten 500.000 Euro somit nicht möglich. Nach meiner Einschätzung ist der Betrag zu hoch, aber vielleicht kann da ja auch uns das Ihnen vorliegende Gutachten der EVO helfen.

Mit Blick auf den Aufsichtsrat teile ich grundsätzlich Ihre Formulierung, Sie „sehen hier Möglichkeiten der Politik, um derzeit direkt auf die EVD/EVO einzuwirken“. Allerdings möchte ich darauf aufmerksam machen, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke (als Gesellschafter verantwortlich für die EVD) im Gegensatz zu Nachbarkommunen nicht vom Stadtparlament gewählt worden ist, sondern quasi „handverlesen“ nur rd. 2/3 der Stadtverordneten repräsentiert. Das mag HGO-konform sein  , entspricht aber in keiner Weise dem Demokratieverständnis von mir und dem vieler Kollegen([www.fw-uds.de/themen/kommunale-betriebe/](http://www.fw-uds.de/themen/kommunale-betriebe/))  und behindert mangels der für alle Stadtverordneten notwendigen Transparenz seit Jahren wesentliche Entscheidungsprozesse.

Jetzt sind Sie über die eingeschränkte Handlungsfähigkeit von einem Drittel der Stadtverordneten informiert. Informell ist der eine oder andere Kollege sicherlich über zusätzliche Interna unterrichtet, aber das dient leider nicht einer öffentlichen Auseinandersetzung, wie ich sie für die aktuelle Problemlage als dringend erforderlich halte.

Ihre Erwartung auf ein „Bekenntnis zu einem transparenten Dialog auf Augenhöhe zwischen Politik und Bürgern“ kann ich nur ausdrücklich unterstützen. Dafür wäre es für die Stadtverordneten aber auch hilfreich, wenn die Interessen der Bürger gebündelt dargelegt werden könnten. Meines Wissens war die Interessengemeinschaft-evo-ev aus Gravenbruch, bei der auch Dietzenbacher Bürger vertreten sind, maßgeblich bei der Prozessvorbereitung beteiligt und sie sind offensichtlich mit anderen Fernwärme-Kommunen gut vernetzt. Die bessere Vernetzung zwischen den IG's von Dietzenbach und Gravenbruch würde den Argumenten mehr Gewicht geben und die Kommunikation erleichtern.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Hinrichsen

 Dr. Jens Hinrichsen ++ Breslauer Str. 92, 63128 Dietzenbach

Tel. 06074 43450 ++ 0172 9826980 ++ [www.fw-uds.de](http://www.fw-uds.de)

-----Original-Nachricht-----

Betreff: Interessengemeinschaft (IG) Energie Dietzenbach - Offener Brief an Fraktionen

Datum: 2019-06-05T09:38:35+0200

Von: "GiSchE" <energie@familie-erlat.de>

An**"FW-UDS - Dr. Jens Hinrichsen" <Jens.Hinrichsen@t-online.de>   usw.**

**........**

**Hinweis:** Wir bitten um Weiterleitung an die Fraktionen (leider sind noch immer nicht alle eMail-Adressen auf der städtischen Webseite zu finden).

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Germer,  
sehr geehrte Fraktionsvorsitzende der Stadtverordnetenversammlung,  
sehr geehrte Abgeordnete,

wir wissen, dass das Dietzenbacher Parlament dem Anliegen der Fernwärmekunden in Dietzenbach Gehör schenkt.

Am 21.03.2019 wurden die Urteile des Oberlandesgerichtes Frankfurt verkündet. Es ging um die Berufungsverfahren gegen die am 05.10.2017 verkündeten Urteile des Landgerichts Darmstadt, die auf Kosten der Beklagten (Energieversorger EVD & EVO) zurückgewiesen wurden.

In den Urteilsbegründungen ging der vorsitzende Richter sehr tief in die Materie ein, fasste den Sachverhalt treffend zusammen und stellte fest, dass es bei den bestehenden Verträgen nicht zulässig sei, **einseitig** Änderungen vorzunehmen. Die von den Rechtanwälten der EVD/EVO vorgetragenen Einlassungen hatten keine Relevanz für die Urteile. Die sehr interessante Verhandlung vor dem Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt wurde neben den Fernwärmekunden aus Dietzenbach und Gravenbruch noch von den Firmenvertretern der EVD/EVO verfolgt – leider war **nur ein** Stadtverordneter aus den politischen Gremien der Stadt Dietzenbach anwesend.

Somit sind – durch die Urteile – die mit den Kunden **geschlossenen Verträge weiterhin in ihrer ursprünglichen Form gültig**. Nun hat der Pressesprecher der EVO Herr Hofmann – auch im Namen der EVD – in der Presse öffentlich gemacht, dass man aus Gründen der Rechtssicherheit in die nächste Instanz gehen würde (Revision einlege).

Hier werden **weitere Kosten** erzeugt, die wiederum von den Kunden zu tragen sein werden – also von uns. Die Aussichten für einen erfolgreichen Abschluss aus Sicht der EVD/EVO sind unseres Erachtens **nicht gegeben.**

Schon heute ist erkennbar, dass es zu einer größeren **Rückzahlung** an die Kunden kommen wird. Das wirtschaftliche Risiko für die Energieversorger EVD/EVO ist immens!

* Allein für die 2015 neu eingeführte "Abrechnungsgebühr" sind hier aktuell rund 500 000 € für Rückzahlungen aufgelaufen.
* Weiterhin kommen die Rückzahlungen aufgrund überhöhter Forderungen durch die zu Unrecht vorgenommenen Preisänderungen hinzu.

**Die Auswirkungen (Risiken) auf den städtischen Haushalt sind sehr groß!**

Auch hat das OLG festgestellt, das die Energieversorger EVD/EVO "im beanstandenden Schreiben unwahre Angaben über die Rechte des Verbrauchers enthält, die auch geeignet sind, die geschäftliche Entscheidung der angeschriebenen Fernwärmekunden zu beeinflussen."

Ferner wurde vor Gericht wieder fehlerhaft von den Energieversorgern EVD/EVO behauptet, dass nur wenige Verbraucher überhaupt eine Preiserhöhung erfahren hätten. Das trifft nicht zu: Nach unseren Ermittlungen, die wir schon oft dargelegt haben, liegt dieser Wert für alle bei ca. 18% – damit fast genau der Wert den ein internes Gutachten der EVO feststellt, welches uns vorliegt.

**Wie geht die Stadtverordnetenversammlung mit den zu erwartenden finanziellen Risiken um?**

Die erfolgte Gründung einer GmbH mit dem Ziel, Gewinne zu Lasten der "durch Satzung gezwungenen Abnehmer" (Originalton Bürgermeister Rogg) zu erzielen, ist langfristig wegen der zu erwartenden Auseinandersetzungen für alle Beteiligten mühsam und führt zu Verdruss auf allen Seiten.

Wir – die IG Energie Dietzenbach – sehen hier **Möglichkeiten der Politik**, um derzeit direkt auf die EVD/EVO einzuwirken.

In den **Aufsichtsräten der Energieversorger** sitzen z.B. der **Bürgermeister**, der **1.Stadtrat** und **Stadtverordnete** der Parteien.   
Alle sind durch Wahlen als Vertreter der Bürger in diese Positionen gekommen.   
**Doch welche Positionen vertreten sie dort?**   
Die Position der Bürger, die sie gewählt haben, oder handeln sie als Vertreter eines privatwirtschaftlichen Unternehmens?

**Wir erwarten,** dass sich

* diese Politiker öffentlich vernehmbar für vergleichbare Preise zu GAS und ÖL einsetzen   
  und
* dass sie dabei von ihren Fraktionen in dieser Richtung begleitet & geführt werden.   
  Von den Bürgern haben sie die Unterstützung.

Wir sind an einem sinnvollen Aus-/Umbau der Fernwärme und deren **ökologischen & ökonomischen Weiterentwicklung** interessiert.  
Möglichst jetzt schon sollte geplant & weiterentwickelt werden – nicht nur an die **Gewinne der Energieversorger** gedacht werden, sondern im Sinne der dringend erforderlichen Verbesserung der Klimabilanz geplant werden. Hierzu gibt es bundesweit sowie europaweit reichlich Konzepte & bereits erstellte Gutachten ....

Es kann nicht sein, dass durch eine überzogene Preispolitik hier ein Energiebereich diskreditiert wird & die Verbraucher ausgenutzt werden.

**Wir Bürger/Verbraucher hoffen, dass die Politik uns unterstützt.**Jedem Mitglied des Parlaments wird hiermit die Möglichkeit gegeben, sich direkt an seine Bürger\*innen zu wenden. Aufgrund der relevanten Anzahl an engagierten & betroffenen Fernwärmekunden aus der Region, steht das jeweilige Parlament als repräsentative Instanz in einer politischen Verantwortung & kann zu einem offenen Entscheidungsfindungsprozess beitragen. Öffentliche Stellungnahmen des Parlaments könnten das geordnete Verfahren ergänzen und ein Bekenntnis zu einem transparenten Dialog auf Augenhöhe zwischen Politik und Bürgern sein.

Für die Interessengemeinschaft (IG) Energie Dietzenbach zeichnen stellvertretend

* Manfred Geske  Doris Schamell  Gisela Schiratis-Erlat